Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution:

Auf der Tagesordnung stand die Revolution

Dieses Plakat rief 1912 die Leipziger Bevölkerung zu einer Friedenskundgebung auf. Nach einem Bericht der „LVZ" vom 28. Oktober 1912 nahmen 90 000 Leipziger daran teil

Zu Beginn unseres Jahrhunderts gehörte das kaiserliche Deutschland zu den stärksten kapitalistischen Ländern der Welt. Auf Grund seiner besonderen historischen Entwicklung war es jedoch bei der Verteilung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu spät gekommen, und daher hatten die deutschen Monopolherren und Junker ständig auf eine Neuaufteilung der Welt gedrängt. Da diese mit friedlichen Mitteln gegenüber den anderen imperialistischen Mächten natürlich nicht zu erreichen war, war es nach einer forcierten Aufrüstung und hauptsächlich auf Betreiben der deutschen Imperialisten im Jahre 1914 zum ersten Weltkrieg gekommen, in dessen Verlauf Millionen Menschen für die Profitinteressen einer kleinen Schicht in den Tod getrieben wurden.

Der Kriegsverlauf sah zunächst die besser gerüsteten deutschen Armeen im

Aus einem vor dem 1. Weltkrieg verbreiteten Flugblatt

Vorteil, doch schon an der Jahreswende 1916/1917 wurde klar, daß es für die herrschenden Klassen des wilhelminischen Deutschland keine Gewinnchance mehr gab. „Nachdem die Überraschungstaktik der deutschen Armee fehlgeschlagen war und hatte fehlschlagen müssen, war das wirtschaftliche und militärische Uebergewicht der Ententemächte immer erdrückender" geworden.[1]) In dieser Situation griffen die Machthaber in Deutschland zur Totalisierung der Kriegsführung. Sie erließen das „Hilfsdienstgesetz", preßten alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren, soweit sie nicht Soldat waren, in die Fabriken, untersagten ein Wechseln der Arbeitsstelle und setzten für Streitfälle in den Betrieben Kommissionen unter dem Vorsitz von Offizieren ein. Diese Militarisierung der Betriebe verwandelte ganz Deutschland in ein „Militärzuchthaus für die Arbeiter".[2])

Zur gleichen Zeit verschlechterte sich die Lebenslage für die Masse der arbeitenden Bevölkerung rapid. Während die Profite der Großbourgeoisie auf das Dreifache der Vorkriegszeit stiegen, sanken die Reallöhne der Arbeiter immer mehr. Dazu kam der ständig größer werdende Hunger. Da die Aecker nicht mehr ausreichend bestellt werden konnten, ging die landwirtschaftliche Produktion zurück und die Lebensmittelrationen wurden weiter gekürzt. Das Elend der Frauen und Kinder daheim und die ungeheuren Verluste an den Fronten ließen in Deutschland den Wunsch nach Frieden immer stärker werden.

Da brach in Rußland die Große Sozialistische Oktoberrevolution aus. Sie eröffnete einen neuen Abschnitt der Weltgeschichte und gab auch den deutschen Arbeitern und Soldaten neuen Mut zur Verstärkung des Kampfes gegen ihre Unterdrücker. Unter dem Einfluß des Sieges der russischen Arbeiterklasse verschärfte sich die revolutionäre Situation in Deutschland. Im Januar 1918 streikten auf Initiative der Spartakusgruppe mehr als eine Million Rüstungsarbeiter. Sie forderten die sofortige Beendigung des Krieges und einen Frieden ohne Annexionen mit der jungen Sowjetmacht. In Berlin und anderen Städten bildeten sich Räte nach russischem Vorbild und nur mit Hilfe der Rechtssozialisten Ebert und Braun gelang es den herrschenden Klassen in Deutschland, den Massenkampf noch einmal abzuwürgen.

Zur gleichen Zeit bereiteten sich aber auch an den Fronten, vor allem an der Ostfront, die revolutionären Ideen aus. Unter dem Eindruck der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Dekrets über den Frieden verbrüderten sich die deutschen Soldaten mit ihren russischen Klassengenossen, setzten in einer Reihe von Fällen ihre Offiziere ab, wählten sich Soldatenräte und forderten den sofortigen Friedensschluß. Als die Oberste Heeresleitung daraufhin solcherart „infizierte" Truppenteile von der Ostfront abzog und an die Westfront warf, erreichte sie damit nur, daß die revolutionären Ideen auch im Westen rasch an Boden gewannen.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Imperialisten ihrem Streben nach neuen Rohstoffen und Absatzmärkten schon annähernd zwei Millionen Menschen geopfert und waren bereit, noch weitere Hunderttausende in den Tod zu treiben. Im Frühjahr und Sommer 1918 startete die Oberste Heeresleitung weitere Offensiven, die aber nur Anfangserfolge einbrachten und dann kläglich stecken blieben. Die Kraft des deutschen Militarismus war erschöpft. Als die Gegenoffensive der Ententemächte einsetzte, führte sie zu tiefen Einbrüchen in die deutsche Front. Die Lage wurde unhaltbar, die deutsche Kriegsmaschinerie brach auf den Schlachtfeldern zusammen. Am 29. September 1918 gab Ludendorf den Krieg endgültig verloren und forderte von der Reichsregierung die Aufnahme von Friedensverhandlungen, da die Front jeden Augenblick zusammenbrechen könne.

Vor diesem völligen militärischen Zusammenbruch konnten auch die herrschenden Klassen in Deutschland nicht die Augen verschließen, aber sie suchten noch fieberhaft nach Möglichkeiten, wie sie ohne allzu große Verluste aus diesem von ihnen verschuldeten Krieg herauskommen könnten. Zwar war der Traum von der Weltherrschaft fürs erste ausgeträumt, aber man wollte doch wenigstens die entscheidenden ökonomischen und politischen Machtpositionen retten, die Fabriken und den Grundbesitz behalten. War der Krieg auch gegen den äußeren „Feind" verloren, so sollte er doch nicht so enden, wie in Rußland.

Um die entscheidenden Machtpositionen zu retten, leitete die politisch erfahrene deutsche Großbourgeoisie daher im Oktober 1918 eine „Revolution von oben" ein, um der „Revolution von unten" zuvorzukommen. Sie vertraute dabei auf die parlamentarischen Illusionen großer Teile der deutschen Arbeiterklasse und auf die Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer. Die Regierung wurde umgebildet, eine Verfassungsreform durchgeführt und zwei Sozialdemokraten in das neue Kabinett Prinz Max von Baden berufen. Diese Berufung sollte der Regierung einen „demokratischen" Anstrich geben, den Massen Sand in die Augen streuen und die revolutionäre Bewegung aufhalten. Tatsächlich hatten sich die deutschen Imperialisten in den rechten sozialdemokratischen Führern nicht getäuscht. Die Sozialchauvinisten Bauer und Scheidemann traten in die kaiserliche Regierung ein, und so kam zur Rettung der Machtpositionen der Junker und Kapitalisten die erste Koalitionsregierung zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokraten zustande. Anstatt dem schon von Bebel, Liebknecht und Millionen revolutionärer Arbeiter stets erbittert bekämpften Regime den Todesstoß zu versetzen, sprangen die Rechtssozialisten in einem Augenblick höchster Gefahr für die Bourgeoisie in die Bresche. Das war die konsequente Fortsetzung des Verrats vom 4. August 1914.

So sehr sich aber die Herren der Schwerindustrie und die rechten Sozialdemokraten auch bemühten, das Rad der Geschichte aufzuhalten, sie konnten die Revolution nicht verhindern. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war zum revolutionären Kampf entschlossen, sie wollte Frieden, Brot, Demokratie und Sozialismus. Unter dem Eindruck des verlorenen Krieges ergriff die Friedenssehnsucht im zunehmenden Maß auch das Kleinbürgertum, die Bauern und sogar Teile der Bourgeoisie. Die revolutionäre Krise spitzte sich weiter zu. Am 23. Oktober erzwangen Massenkundgebungen die Freilassung Karl Liebknechts und anderer verurteilter Arbeiterführer. Es mehrten sich Streiks und Demonstrationen und der Ruf nach Frieden und nach Sturz des bestehenden Systems wurde immer lauter.

Ende Oktober, Anfang November war die herrschende Klasse in Deutschland mitsamt ihrem Staatsapparat durch die Niederlage an den Fronten und die Zersetzung von Polizei und Armee endgültig zermürbt. Demgegenüber war die Kraft der Arbeiterklasse ständig gewachsen, wenn ihr auch eine zielbewußte revolutionäre Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei fehlte. Die Aufgabe der Revolution in Deutschland war daher, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, den Militarismus zu vernichten und die Säuberung des Staatsapparates sowie die Enteignung der Junker und Kriegsverbrecher durchzuführen. In diesen Kämpfen hätte die Arbeiterklasse die Erfahrungen, das Klassenbewußtsein und die Organisiertheit gewonnen und ihre Kommunistische Partei geschmiedet, um die proletarischen Revolution überleiten."[3])

Kurz vor Ausbruch der Novemberrevolution gab es in Deutschland eine kleine Gruppe revolutionärer Kämpfer um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die versuchten, den revolutionären Massen Richtung und Ziel des Kampfes zu zeigen. Das war die Gruppe Spartakus (Gruppe Internationale), über deren Reichskonferenz vom 7. Oktober 1918 wir in der nächsten Ausgabe berichten. *Dr. H. J. Friedrich*

[1]) Walter Ulbricht: „Ueber den Charakter der Novemberrevolution in Neues Deutschland" Nr. 142 vom 18. Juni 1958

[2]) W. I. Lenin: „Die linke Kinderkrankheit ..." in „Ausgewählte Werke in zwei Bänden" Band II, Seite 132

[3]) Walter Ulbricht a. a. O.

Beflügelt vom Geist der revolutionären russischen Arbeiter und Bauern

Am 7. November wandte sich die durch den siegreichen Aufstand der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten zur Macht gelangte erste Arbeiter-und-Bauern-Regierung der Welt an die Völker und Regierungen aller kriegführenden Länder und forderte sie zum sofortigen Abschluß eines gerechten demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf. Dieser Ruf nach Frieden fand auch beim deutschen Proletariat einen starken Widerhall.

Im Herbst 1917 war in Deutschland die Unzufriedenheit mit der herrschenden Ordnung und die Friedenssehnsucht bei der werktätigen Bevölkerung stark ausgeprägt. Dies mußte selbst Ludendorff am 15. November 1917 eingestehen als er schrieb: „Die Ernährungsschwierigkeiten und die ängstigen Entbehrungen und Opfer, die der Krieg allen Klassen der Bevölkerung auferlegt, haben im Volke Friedenssehnsucht und in ziemlich breiten Schichten auch eine Mißstimmung gegen die bestehenden Gewalten erzeugt." (1)

Unter diesen Bedingungen fand der Friedensvorschlag der Sowjetregierung begeisterte Zustimmung in weitesten Teilen der Arbeiterklasse. Die Sympathie für die Oktoberrevolution war stark. So stellte der preußische Innenminister Drews in einem Bericht an den Kaiser fest, daß gerade in der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft „zuerst und am schonungslosesten" das „Verlangen nach baldigem Friedensschluß laut" wurde; hier konnte die Auffassung Raum gewinnen, daß es nur eine Sache deutschen Willens, deutscher Nachgiebigkeit sei, den Frieden herbeizuführen." (2)

Drews stellt weiter fest: „Mit den Bolschewiki triumphierte die radikale über die gemäßigte Sozialdemokratie ..., die Mehrheitssozialisten bekamen Zweifel an der Nützlichkeit ihrer Politik." (3) Die Parteiführung der SPD befürchtete nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution den Rückgang ihres Einflusses auf breite Teile der deutschen Arbeiterklasse. Das veranlaßte sie, aus der Not eine Tugend zu machen. Die Führung der SPD organisierte eine große Versammlungskampagne mit dem Thema: „Die Sozialdemokratie und der Frieden", bei der die Mitglieder des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD als Referenten eingesetzt wurden. Die Staatsmacht gestattete die Versammlungen. Diese Versammlungswelle sollte verhindern, daß breite Kreise der Arbeitermassen, die dem Einfluß des SPD-Vorstandes unterlagen, von ihm abschwenkten und durch Demonstrationen, Streiks und andere Massenaktionen ihre Sympathie mit der Oktoberrevolution bekundeten. In den Versammlungen mußten die Referenten der Massenstimmung stark Rechnung tragen. So erklärte Scheidemann, in Rußland „entscheidet sich die Zukunft Europas Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte über den Krieg hinaus". Es hieß es für notwendig zu erklären, daß die SPD mit den Bolschewiki durch die „Gemeinsamkeit des sozialistischen Endziels" verbunden sei. (4) Die Führer der SPD verbreiteten aber gleichzeitig die Illusion, daß der in Rußland revolutionär beschrittene Weg in Deutschland durch Reformen begangen werden könne. Damit hielt sie ihre Anhänger von revolutionären Massenaktionen für den Frieden und gegen die junkerlich bourgeoise Regierung in Deutschland ab. Auch die zentristischen Führer der USPD sahen sich genötigt, dem Drängen ihrer Mitglieder nach Friedensdemonstrationen nachzugeben. Die USPD rief am 12. November 1917 ihre Mitglieder auf, Versammlungen unter der Losung: „Allgemeiner Waffenstillstand zum Zwecke eines auf allen Seiten annexionslosen Friedens" durchzuführen. (5) Doch hier verbot die imperialistische Staatsmacht einen Teil der Kundgebungen.

In Zentren mit einem stark revolutionären Proletariat, wie z. B. in Berlin, verbot sie zehn für den 18. 11. 1917 angekündigte Versammlungen der USPD. Trotz des Verbots formierten sich die revolutionären Berliner Arbeitermassen am 18. 11. 1917 in machtvollen Demonstrationszügen und bekundeten ihren Willen zum Frieden. Die Welle der Friedensdemonstrationen wuchs an. Der durch Flugzettel verbreitete „Aufruf zu Friedensdemonstrationen am 25. November 1917" mobilisierte weitere Arbeitermassen. Jetzt kam es zu machtvollen Demonstrationen gegen Imperialismus und Krieg nicht nur in mehreren Stadtbezirken Berlins sondern auch in Mannheim, Stettin, Dresden und Leipzig. Das Ziel der Führung der USPD bestand aber nicht darin, mit diesen Demonstrationen die Arbeiter ganz Deutschlands für eine gewaltsame Massenerhebung zum Sturz der alten imperialistischen Staatsgewalten zu mobilisieren. Sie wollte mit diesen Demonstrationen nur einen Druck auf die alte Staatsmacht ausüben und sie zum „Nachgeben" zwingen. Die Beseitigung der junkerlich-bourgeoisen Unterdrückungsmaschine erstrebten die Führer der USPD ebensowenig wie die der SPD.

Es gab in Deutschland nur eine politische Gruppe, die das imperialistische System und damit die Wurzel aller imperialistischen Kriege mit Stumpf und Stiel ausrotten und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats errichten wollte. Das war die Spartakusgruppe. In ihrem Flugblatt „Die Stunde der Entscheidung!" stellte sie fest:

„In Rußland hat die Stunde der Entscheidung geschlagen. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte wird hier von einer proletarischen Masse der Versuch gemacht, die politische Macht im Staat an sich zu reißen. Mit einem Heldenmut sondergleichen, ohne Opfer zu scheuen, ohne das eigene Herzblut zu sparen, kämpfen jetzt die russischen Proletarier, auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer soeben erlangten Herrschaft im Staate. ... Wenn Rußland, das gestern noch zaristisch war, heute eine von sozialistischen Arbeitern beherrschte Republik ist, dann ist auch Deutschland für andere Zustände reif: durch den Massenkampf, durch Massenablehnung, durch Massenstreiks, die das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand bringen, durch die Revolution und die Erringung der Volksrepublik in Deutschland durch die Arbeiterklasse kann dem Völkermord ein Ende gesetzt und der allgemeine Friede herbeigeführt werden." (6)

Getreu diesem Grundsatz suchte die Spartakusgruppe Ende 1917/Anfang 1918 die deutschen Arbeiter auf die Revolution vorzubereiten. Sie bereitete ideologisch und organisatorisch den machtvollen Massenstreik im Januar 1918 vor, an dem sich über eine Million Arbeiter in Deutschland beteiligten. Sie brachte bei der Vorbereitung des Streiks allein acht verschiedene Publikationen in Auflagen von 25 000 bis 100 000 Exemplaren heraus. (7) Mitte November verbreiteten die Spartakusgruppen das historisch gewordene Flugblatt: „Montag, dem 28. Januar, beginnt der Massenstreik".

Dieses Flugblatt zeigte den Arbeitern klar und eindeutig die Ziele des politischen Streiks: „Unser Massenstreik soll kein kraftloser Protest' und Zeichen vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstration sein, sondern ein Machtkampf sein. Wir kämpfen solange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik- Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen — dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, um die Volksrepublik Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten." (8) Das Flugblatt propagierte ferner nach den russischen Erfahrungen eine neue revolutionäre Form der Streikleitung. Es rief die Arbeiter auf, Vertrauensmänner zu wählen, die sich in jedem Ort als Arbeiterrat konstituieren sollten. Am 28. 1. 1918 folgten allein in Berlin über 400 000 Arbeiter dem Ruf des Spartakusbundes. Sie brachten den politischen Massenstreik und seinen ihre Arbeiterräte. Dem Streik schlossen sich Arbeiter in mehr als 30 anderen Städten an.

Mit weit über einer Million Streikenden war der Januarstreik der größte politische Massenstreik der deutschen Proletarier im ersten Weltkrieg. Es drohte die Grundlagen der kaiserlich-imperialistischen Herrschaft zu zerstören. Die Staatsmacht, die Junker und Bourgeois suchte mit brutalsten Mitteln den Massenstreik zu brechen. Starke Polizeikräfte besetzten

(Fortsetzung Seite 7)

Aus einem Flugblatt, das 1916 in Leipzig verteilt wurde